

Schleuderkonturrenz eine Verzapfung der imperialistischen We- gen läßt.

In Hamburg war die ganze Bande der Scharsmacher, Prin- zen und Inflationengewinnler versammelt. Bei dieser reaktionären Korona war auch ein internationaler Bör- sen spekulant vertreten. Der holländische Bankier Regen- bang war früher ein Mitarbeiter des internationalen Finanz- und Trustkongloms Jozar Kreuger. Jetzt arbeitet dieser Finanz- gier von Hitler für den internationalen Finanzkapitalisten Rothchild. Der Inflationsgewinnler Hugenberg und der Vertrauensmann von Rothchild haben Hitler an der Strippe. Wollen die SA-Proleten sich noch länger von diesen Wollwe- ßen als Kanonensutter gegen die revolutionären Arbeiter miß- brauchen lassen?

Mit der Geißel der Inflation wollen die Hugenberg, Hitler und Schacht das werktätige Volk peinigen. Der deutschnatio- nale Oberbefehl hat im Reichstag die Zerstörung und Zerschlagung des gesamten Tarifwesens gefordert. Die kom- munistische Reichstagsfraktion hat beantragt, die Inflationso- verbrüder wegen Hoch- und Landesverrat an den Interessen der Arbeiter, Angestellten, Beamten, Mittelständler und werktätigen Bauern sofort zu verhaften und abzuurteilen. Der Kampf gegen Hugenberg-Hitler erfordert Kampf gegen ihre Wegbereiter: Brüning-Groener.

Die zweite Brüning-Regierung ist eine verfeilte Militärdiktatur. Schon einmal im Jahre 1923 hat der Sozialdemo- krat Oberst vom Reichswehrminister Geßler auch das Innen- ministerium übertragen. Jetzt erhält Groener von Hinden- burg das Kommando über die Reichswehr und die Polizei. Das ist ein entscheidender Schritt zur Reichswehrdiktatur. Das Kabinett Brüning-Groener ist nur das Vorzimmer zur offen- schließlichen Diktatur Hugenberg-Hitler. Brüning führt den Lohn- und Gehaltsabbau durch. Die „nationale Opposition“ will dasselbe. Sie sanken sich nur um die Methoden und das Tempo. Brüning will das elastische Tarifwesen. Die Arbeiter haben dabei die bittere Erfahrung mit dem elastischen Arbeitsvertrag vor Augen. Wer Brüning führt, bahnt Hitler den Weg!

Trotz allen hündischen Fußstapfen tolerieren wir die Preissteigerung und Wels Brüning weiter. Die SPD-Führer schließen auch die neuen Notverordnungen und unterstützen die verfeilte Militärdiktatur Groener-Brüning. Preissteigerung und Severeing sind Brüningtreue bis in den Tod. Die ansteigende Pest der kapitalistischen Krise vergiftet auch die Sozial- demokratie. Mit dem todtranken Kapitalismus stirbt sein „Arzt“, der Sozialfaschismus. Je schwächer der Kapitalismus wird, desto schwächer wird die Brüningtreue Sozialdemokratie werden. SPD-Schäpflin, der Durchhalter- und Kriegspatriot, geht „lieber hundertmal mit Groener, als einmal mit den Arbeitern“.

Bei der Bank- und Kreditkrise im Juli hat auch der sozial- demokratische Finanztheoretiker Hilferding in einem Artikel im Vorwärts die Inflation gefordert durch Aufhebung der Golddeckung. Die Dresdner Volkszeitung und die übrige SPD-Presse schreit über die „Binnemart“ von Hugenberg und das Inflationsgeißel des Nationalfaschisten Feder. Aber Hil- ferding vertritt nicht nur ähnliche Inflationspläne, sondern er war auch der Finanzminister in der Zeit der größten Inflation von 1923. Auf allen Fronten sind die Führer des Sozialfaschi- mus die Wegbereiter und Helfershelfer des offenen Faschismus.

Die Spaltung ist jetzt auch in der SPD Ostschlesens vollzogen. Die „Kadell“, das Organ der sogenannten „sozial- faschistischen Arbeiterpartei“, meldet, daß die SAP Ostschlesens gebil- det ist. Damit haben Hellmuth Wagner und Fabian die Masse fallen lassen. Sie wollen, nachdem sie von den Partei- vorstandstreuen Arzt, Oberst aus der SPD hinausgeworfen wurden, auch in Ostschlesens eine zentralistische Sumpfpartei bilden. Die in Dresden und Freital ausgeschlossenen oder aus dem Odenauer-Verband ausgetretenen SAPler sollen zur Bil- dung einer neuen „sozialfaschistischen Proletarier-Jugend“ miß- braucht werden.

Gegen diese neue Zerspaltung der revolutionären Arbeiterbewegung führen wir den schärfsten Kampf. Die SAP, diese Nachgeburt der USP, ist selbst nach dem Einzelhandels- von Seudewitz nur ein Dreimonatskind. Trotz der bestehenden Differenzen zwischen Wagner und Seudewitz wollen die Linkszentralen die oppositionellen SAPler zu der neuen Filiale des Parteivorstandes und der 2. Internationale führen.

Hellmuth Wagner hat sich in seinen berüchtigten Thesen über den Bolschewismus als wütender Antibolschewist entlarvt. Während die Imperialisten einen konterrevolutionären Ueber- fall auf die sozialistische Sowjetunion vorbereiten, beschmutzt Wagner unser proletarisches Vaterland mit den Argumenten der Wels, Kautsky und Trotski. Die Delegation der sozialistischen Arbeiterjugend, die in den roten Arbeiterstaat fährt, darunter der Dresdner SAP-Genosse Flöge, wird sich selbst überzeugen von der segensreichen Erfüllung des grandiosen Zünf- jahrplanes.

SPD- und SAP-Arbeiter! Laßt euch nicht von den zen- tralistischen und sozialfaschistischen Phrasen der Wagner und Fabian verlocken! Geht konsequent den Weg der Genossen Oetting- haus und Torgler. Die SAP ist eine technische Nothilfe des Parteivorstandes. Kämpft mit uns in der roten Einheits- front gegen Hitler-Brüning und Preissteigerung! Laßt die zentralisti- schen Zerspaltung Wagner und Fabian unter sich! Reicht euch ein in die vorwärtstürmende Armee des Kommunismus!

Gegen über 20 000 schlesische Paplerarbeiter wurde ein über- präzentiger Lohnabbau beschloßen. Gleichzeitig soll den Dresdner Metallarbeitern das Hungergehalt um zwei bis vierzehnhundert Prozent abgebaut werden. Für weitere 500 000 schlesische Arbeiter sollen mit Hilfe der sozialistischen Schlichtungsausschüsse die Löhne gekürzt werden. Unter Füh- rung der revolutionären Gewerkschaftsopposition und der kommunistischen Partei müssen die Arbeiter und Angestellten den neuen Lohn- und Gehaltsraub abwehren und den alten Lohn und Gehalt zurückerobern.

Die am Sonntag in Dresden tagende Landeskonferenz der Erwerbslosen von Sachsen muß entscheidende Beschlüsse fassen zur Mobilisierung der hungernden und frierenden Arbeitlosen. Das Selbsthilfeprogramm der SPD Schlesiens und der Entwurf der kommunistischen Reichstagsfrak- tion zu einem „Gesetz über Arbeitslosenversicherung und Arbeits- losenvermittlung“ zeigt den Ausweg des Kampfes um Arbeit und Brot. Nach den Erfahrungen der Streiks an der Ruhr, in Hamburg und Danzig muß die Landeskonferenz der Er- werbslosen Schritte einleiten zur Schaffung des Kampfbünd- nisses zwischen Betrieb und Stempelstelle.

Im Klammenschein der heranrückenden Wirtschaftskämpfe organisieren wir Streiks gegen jeden Pfennig Lohn- und Gehaltsraub! Unter dem Banner der roten Einheitsfront kämpfen wir Kommunisten in den Betrieben die rote Sturm- front gegen die kapitalistischen Inflationsoverbrüder. Die heraus- drausende rote Sturmfront wird das bankrotte Ausbeute- schem blühen lassen. Nur ein sozialistisches Deutschland be- seitigt das kapitalistische Chaos und schafft eine neue, sozia- listische Ordnung!

In Jena ist ein Antilohnengesetz geschaffen worden, das Korruption mit der Todesstrafe bedroht.

„Jede Spaltung ist ein Verbrechen!“

Führender Brandlerist aus Radeberg stellt Antrag auf Wiederaufnahme in die SPD

In einer großen Massenfundgebung der SPD in Rade- berg vom 15. Oktober gab der bisherige Bezirksleiter, der von den Brandleristen als Konkurrenzorganisation gegen die rote Hilfe gegründeten sogenannten Internationalen Hilfsvereini- gung Bezirk Ost, der zugleich Funktionär der SPD war, die nachfolgende Erklärung ab:

„Als Bezirksleiter der Internationalen Hilfsvereinigung Ost- schlesiens, 1. Vorsitzender der IAW Ortsgruppe Radeberg und Funktionär der SPD, beantrage ich hierdurch meine Wie- deraufnahme in die SPD. In den zweieinhalb Jahren meiner Zugehörigkeit zur SPD habe ich erkennen müssen, daß ich in jählicher Front stand. Jede Spaltung ist ein Verbrechen an der Arbeiterklasse. Einheit auf revo- lutionärer Grundlage ist das Gebot der Stunde. Zwischen Kommunismus und Reformismus kann es keine dritte Partei geben. Die Fronten sind klar geschieden. Die Einbaueinanderziehung zwischen Kommunismus und Reformismus hat begonnen. Die Arbeiterklasse hat zu wählen zwischen dem Betrug der SPD und dem Kampf, den die SPD

führt um die Befreiung der Arbeiterklasse vom Kapitalismus. Nur die SPD wird die Arbeiterklasse zum Siege führen, wenn ihr Sturm lauft gegen die Verratspolitik der SPD, die neue Partei, leid konsequent, macht den halben Schritt zum Ende ihres Vatelns sein wird. Die SPD kann nicht zurecht kommen, wenn sie die Interessen der Arbeiterklasse nicht vertritt. Die SPD ist eine Partei der Reaktion und der internationalen Hilfsvereini- gung, die ich hiermit 10 Jahre verlassen war, ist eine Partei der großen Fragen der Klasse, kommt mit der SPD, die Führerin des deutschen Proletariats.

Die Bezirksleitung der SPD Sachsen, wird zu dieser Ent- scheidung Stellung nehmen und darüber entscheiden, ob dem An- trage auf Wiederaufnahme in die SPD stattzugeben soll. So- bald als möglich zeigt die Erklärung den Text der Brandleristen- Seite mit aller Deutlichkeit.

Steigbügelhalter der Reaktion!

SPD hält Brüning im Gattel

Berlin, 17. Oktober. (Eig. Drahtbericht.)

Genosse Neubauer rechnet vor allem in glänzender Weise mit dem Nazis ab.

Dann erhebt sich von der Regierungsbank der Reichsanstalt Brüning und schlägt damit zum ersten Male auch ganz offiziell die größte Koalition von den Nazis bis zur SPD vor. Die Landvolkpartei erinnert er daran, daß gerade seine Regierung auf Kosten der Arbeiterklasse den Großagrariern ungeheure Subventionen gemacht hat. Als Brüning davon spricht, daß er wiederholt mit den Wirtschaftsführern in engerer Mit- arbeit stand, erfolgt von kommunistischer Seite der treffende Zuruf: „Das haben wir gemerkt!“ Als er davon spricht, daß er versucht habe eine Linie zu finden, schmetterten ihm die Kom- munisten entgegen: „Eine Hungerlinie!“

Brüning verbeugt sich vor Hitler

Wiederholt erwähnt Brüning, daß er deshalb „nicht so mit den radikalen Lösungen auf einen Schlag vorgehen konnte“, „weil das das ganze Volk erregt hätte“, weil das von vorn- herein eine „geschlossene Front gegen die Arbeiterklasse“ bedeutet hätte und weil es dann unmöglich gewesen sei, den Staat über- haupt zu retten und weil es dann nicht möglich sei, aber den schweren Winter hinweg zu kommen. Brüning hat hier deutlich unterstrichen, daß für die herrschende Klasse das ge- fährlichste die Einheitsfront des Proletariats ist. Brüning weist nachdrücklich darauf hin, daß eine Reichsregierung den gleichen Weg gehen müsse wie er. (Die Kommunisten rufen ihm zu: „Sehr richtig, Sie bereiten dem Faschismus den Weg.“) Brüning verbeugt sich dann vor Hitler: Er entschuldigt sich, daß er den offenen Brief Hitlers an ihn noch nicht ganz gelesen habe. Er wird es selbstverständlich nachholen. Brüning schließt mit dem Ruf nach der größten Koalition. Wenn Hitler mutig genug sei, ihm nicht die nationale Gefährdung abzuspüren, was hindere dann vier Fünftel des Reichstages sich dazu zu ent- schließen, die Parteipolitik beiseite zu lassen und das Vaterland zu retten. Das ist die offene Aufforderung zur Einheits- front von Wels bis Hitler.

Danach gibt Schmidt (Hannover) für die Deutschnatio- nalen eine Erklärung ab. Er bezeichnet die Sozialdemokratie als die Schutztruppe des Herrn Brüning. Er stellt fest, daß die Zustimmung zu Brüningss Politik immer wieder aus den Reihen der Sozialdemokratie erfolgt.

Dr. Rosenfeld (SAP): Die Zusammenfassung des Wehr- und Innenministeriums in der Hand Groeners bedeutet die Militärdiktatur der zweiten Regierung Brüning. Es wider- spiegelt aber den Druck der radikalsten sozialdemokratischen Arbeiter, daß Rosenfeld gezwungen ist, am Schluß zu sagen, lieber tausendmal mit den Kommunisten als einmal mit Groener.

Vor der namentlichen Abstimmung über den von den Deut- schen und Nationalsozialisten gestellten Antrag auf Auf- hebung sämtlicher Notverordnungen gibt im Auftrage der kom- munistischen Reichstagsfraktion Genosse Torgler eine Er- klärung ab:

„Die kommunistische Reichstagsfraktion hat die Auf- hebung aller jener Notverordnungen beantragt, die

ungeheuerliche Befragungen für die werktätige Bevölkerung be- deuten.“

Die Aufhebung aller seit dem 10. Februar erlassenen No- tverordnungen wird mit 336 gegen 233 Stimmen der National- sozialisten, Deutschnationalen und Kommunisten abgelehnt.

SPD für alle Notverordnungen

Die Sozialdemokratische Partei billigt damit aus- drücklich jede einzelne der Serie der Notverordnungen. Die Sozialdemokratie erklärt ausdrücklich ihre Zustimmung zu den Notverordnungen, die die Überwachung der Verhältnisse der Arbeiter vorsehen. Die Sozialdemokratie erklärt ausdrücklich ihre Zustimmung zu den Notverordnungen, die den letzten Schritt einer Preisfreiheit beinhalten. Die Sozialdemokratische Partei ist ausdrücklich einverstanden mit dem durch Notverordnung ab- zugehenden Abbau der Gehälter der Beamten, dem Unterhaltungs- raub an den Erwerbslosen und Wohlfahrtsempfängern. Die Sozialdemokratische Partei ist ausdrücklich einverstanden mit der Aufhebung der Grundrechte der Weimarer Verfassung, mit der Aufhebung der persönlichen Freiheit, des Briefgeheimnisses, der Unverletzlichkeit der Wohnung.

Nach diesen Abstimmungen lassen die Nationalsozialisten erklären, daß sie das Parlament wieder verlassen, weil sie keine Möglichkeit sehen, von hier aus Brüning ein Ende zu bereiten, und weil sich keine Mehrheit für eine tragfähige Regierungsbasis fände.

Die Deutschnationalen geben eine ähnliche Erklärung ab. Für die kommunistische Partei gibt Genosse Torg- ler folgende Erklärung ab:

„Wir haben die gleiche Situation wie im Februar dies- Jahres. In dem Augenblick, wo ein Antrag der Kommunisten gegen den Youngplan, für die Einstellung der Teilschuldungen zur Entscheidung steht, da drücken sich diese „Parteilager“ gegen die Verfassung.“ Wir können verstehen, daß es Ihnen (zu der Nazi) unangenehm ist, hier Stellung nehmen zu müssen zu den Anträgen gegen die Fürstenabfindungen, gegen die Zu- lagen an die Kirche, zu den Anträgen der Kommunisten für die Erwerbslosen. Sie tun selbst hier im Parlament nicht das ge- ringste im Interesse der Erwerbslosen. Sie sind eine Erbil- lungspartei wie die übrigen Parteien. Heute können Sie Ihre Youngpolitik, es nicht Ihnen nichts mehr, wenn Sie die brauchen als Vorläufer gegen den Verfallungskampf abspie- len. Wir werden den arbeitenden Angestellten, die heute sich hinter den Nazis verstecken, zeigen und sagen, daß die

NSDAP eine Youngpartei

eine Erlösungspartei ist, die letzte Reserve des deutschen Kap- talismus.

Am Schluß unterbreitet der Reichstagspräsident Völs- einen Vorschlag der Regierung, mit Rücksicht auf das Still- halten des Fortschritts, den Reichstag bis auf weiteres zu ver- tagen. Der Genosse Torgler protestiert unter leidenschaftlicher Unterstützung der kommunistischen Fraktion gegen diesen Vor- schlag und beantragt die nächste Sitzung für Dienstag den 20. Ok- tober einzuberufen.

Danach wurde jedoch der Antrag des „hohen Haukes“, die Vertagung bis 23. Februar 1932 beschloßen.

SPD-Zeitung als Polizeiorgan

Dresdner Volkszeitung denunziert oppositionelle Arbeiterjugend

Ueber die von uns gestern gemeldete polizeiliche Ausbeugung einer Versammlung der oppositionellen Arbeiterjugend in Bautzen berichtet die Dresdner Volkszeitung vom Freitag in folgender denunzierender Form:

„Sie hatten für Mittwochabend eine öffentliche Versammlung nach dem Saale der Drei Linden einberufen. Diese Versamm- lung aber — ob aus Unkenntnis oder Absicht ist zweifelhaft — nicht angemeldet.“

Das Dresdner SPD-Blatt interstiftet also aus hemmungs- losen Haß den einstigen Jugendgenossen die Absicht der Nicht- anmeldung der Versammlung und liefert sie damit dem Staats- anwalt aus.

Erfolgreicher Zeitstreit auf Grube König (Saargebiet)

Am Dienstag, dem 8. Oktober stellte die Belegschaft einer Abteilung der Grube König fest, daß infolge von Verzögerungen einer Pumpe in einem Schacht ein halber Meter Wasser stand. Die Steiger und Obersteiger wollten die Kumpels zwingen, im Wasser zu arbeiten. Die Bergarbeiter weigerten sich ge- schlossen und waren auch durch Drohungen und durch Ver- sprechungen von Zulagen nicht dazu zu bewegen, die Arbeit anzu- nehmen, bevor das Wasser herausgepumpt war. Sie verließen den Schacht und luden aus.

Unter dem Druck der Belegschaft wurde sofort daran ge- gangen, den Wasserstand zu beklügeln. Wieder ein Zeichen, daß entschlossene Handeln die Unternehmer zum Nachgeben zwingt.

Sturm in der Bremer SAS

Am 13. Oktober fand in Bremen eine Mitgliederverlam- lung der Bremer SAS statt, die von etwa 300 Mitgliedern be- sucht war. Es wurde scharf Stellung genommen gegen die SPD- und SAP-Bürokratie.

In einem Bericht über die SAS-Führertragung am 11. Ok- tober zum Ausdruck, daß selbst in dieser schon gestellten Körper- schaft die Resolution des Vorstandes nur mit 40 gegen 20 Stim- men angenommen wurde. Die Bremer Führer hatten beschloßen, dagegen zu stimmen. Die Versammlung beschloß mit überzogenem Mehrheit den Anschluß an die Sozialistische Sumpfpartei. Eine SAS erklärt sich gegen diesen Anschluß und für Ueber- tritt zum KPD.

Erhöhte Kohlenförderung in der USG

Die Wirtschaftszeitung „Sa Industrielle Jassn“ teilt mit, daß die Steinkohlenförderung im Dongebiet, dem größten Steinkohle- gebiet der Sowjetunion, auf 123 000 Tonnen gestiegen ist. Im Industriegebiet von Kasan (Kasank) sind 8 neue Kohlenlager mit einer durchschnittlichen Stärke von je zehn Meiler entdeckt worden.

Neues in Kürze

Im sogenannten „Crimmitschauer Aufruhrprozeß“ dik- tierte das gemeinsame Schöffengericht in Zwickau neuen acht angeklagte Arbeiter Gefängnisstrafen von insgesamt 1100 Jahren Gefängnis.

Nach Unterzeichnung von insgesamt 7000 Mark ist der Ab- hänger der schlesischen Bauergesellschaft in Detschka, Hermann Gna-...